

BESCHLUSS

***Schule neu denken –
für mehr Bildungsgerechtigkeit in Sachsen-Anhalt***

Bildungspolitik gehört zu den zentralen Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen das Bildungssystem so weiter entwickeln, dass es alle Menschen bestmöglich befähigt, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Dazu müssen alle Bildungseinrichtungen so gestaltet und unterstützt werden, dass sie Kinder, SchülerInnen und Studierende gemäß ihrer Begabungen fördern, sie auf lebenslanges Lernen vorzubereiten und einen entscheidenden Erziehungsbeitrag dazu leisten, dass sich die SchülerInnen zu demokratischen MitbürgerInnen entwickeln.

Bildung muss die Herausforderung annehmen, alle SchülerInnen zu befähigen, sich erfolgreich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Hierzu gehört die Mobilität innerhalb Deutschlands und Europas ebenso wie das Zusammenleben mit ZuwanderInnen im eigenen Land. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Schule, die ein Haus des Lernens für alle SchülerInnen unabhängig von Herkunft und Begabung ist und zu einem toleranten Miteinander ertüchtigt. Investitionen in die Köpfe der nachwachsenden Generationen müssen daher zum wichtigsten Anliegen der Landesregierung werden.

Perspektive statt Ausgrenzung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein Schulsystem, das auf unnütze und kostspielige Ausgrenzungsmaßnahmen verzichtet und stattdessen in effektive Fördermaßnahmen investiert.

Unser Schulsystem ist in starkem Maße durch das Prinzip der Ausgrenzung gekennzeichnet. Dies macht sich an vielfältigen Auswahlinstrumenten fest wie die Zurückstellung vom Schuleintritt, die Selektion in ein dreigliedriges Schulsystem und das Klassenwiederholen bei multiplem Leistungsversagen. Diese Aussortierung war ursprünglich als Fördermaßnahme zum Wohle der zukünftigen Schulkarriere der Kinder gedacht. Bildungsforschung und internationale Leistungsvergleichstudien lassen allerdings nach jahrzehntelangen Erfahrungen mit diesen Maßnahmen nur einen Schluss zu: Diese auf Aussortierung gründenden Entwicklungsinterventionen erreichen ihr Ziel der Leistungsförderung nicht! Vielmehr dienen sie der Ausgrenzung von SchülerInnen und

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



minimieren die Chancen auf eine angemessene Bildungsbeteiligung und damit auf faire Zukunftschancen insbesondere von Kindern aus bildungsferneren Elternhäusern oder mit Migrationshintergrund. Ein solcher bildungspolitischer Ansatz hat ausgedient. Er nutzt nicht das geistige Potential im Land und gefährdet das gesellschaftliche Miteinander.

Eine Schule, die zum Ziel hat, alle Kinder gemäß ihren Begabungen bestmöglich zu fördern und zu fordern, muss auf kostspielige, aber nutzlose Maßnahmen verzichten. In Sachsen-Anhalt (in 2004/05: 3.8%) bleiben überdurchschnittlich viele SchülerInnen sitzen (Bundesdurchschnitt: 2.8%) und damit am zweithäufigsten von allen Bundesländern. Deutlich besser sieht es in Sachsen-Anhalt (in 2004: 4.7%) mit der verspäteten Einschulung aus, die in den letzten Jahren unterdurchschnittlich war (Bundesdurchschnitt: 5.7%), allerdings was den Bildungserfolg betrifft ebenso wenig zielführend ist wie das Sitzenbleiben. Insgesamt weist so jedeR vierte SchülerIn in Sachsen-Anhalt (PISA 2000; PISA 2003) eine verzögerte Schullaufbahn auf.

Diese Maßnahmen sind nicht erfolgreich. So beenden in Sachsen-Anhalt (2004: 13.9 %) überproportional viele SchülerInnen ihre Schulkarriere ohne Hauptschulabschluss (Bundesdurchschnitt: 8.5%). Auch erreichen in Sachsen-Anhalt (2004: 27.3%) unterdurchschnittlich viele SchülerInnen (Bundesdurchschnitt: 28.3%) die Hochschulreife.

Wir wollen das Sitzenbleiben abschaffen und setzen stattdessen auf Lücken schließenden fördernden Zusatzunterricht im Rahmen der Ganztagschule.

Statt der nutzlosen Zurückstellung vom Schuleintritt setzen wir auf den Ausbau der integrierten zweijährigen Eingangsstufe, die je nach Begabung und Lerngeschwindigkeit nach ein bis drei Jahren abgeschlossen werden kann.

Im jetzigen Schulsystem wird viel Geld sinnlos ausgegeben. Allein für die KlassenwiederholerInnen müssen pro Schuljahr im Land Personalkosten in Höhe von 40 Millionen € aufgewendet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass mit sinnloser kostspieliger Aussortierung, die weder den leistungsstarken noch den leistungsschwachen SchülerInnen nützt, endlich Schluss sein muss. Das dafür aufgewendete Geld muss in effektive Unterstützungsmaßnahmen investiert werden.

Soziale Gerechtigkeit durch faire Bildungschancen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine zehnjährige gemeinsame Lernzeit, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu erhöhen.

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



Zu den Ausgrenzungsmaßnahmen unseres Bildungssystems gehört die Dreigliedrigkeit der Schulabschlüsse, die in Sachsen-Anhalt in einem zweigliedrigen Schulsystem – bestehend aus Sekundarschulen mit einer Aufgliederung nach der 6. Klasse sowie Gymnasien – erworben werden. Spätestens seit PISA wissen wir, dass diese Sortierungsprozesse in starkem Maße durch den sozialen Hintergrund der SchülerInnen bestimmt werden.

Hinzu kommt, dass die Schullaufbahnentscheidung auch darum so risikobehaftet ist, weil sie viel zu früh erfolgt, nämlich bereits in der 4. Jahrgangsstufe, was den Besuch des Gymnasiums betrifft, bzw. der 6. Jahrgangsstufe, was die Entscheidung für den Hauptschul- oder Realschulabschluss betrifft. So wird über Bildungskarrieren und damit über Lebenschancen zu früh und ungerecht entschieden. Die Herkunft ist hierbei häufig wichtiger als das tatsächliche Leistungsvermögen. So bleiben zu viele Talente auf der Strecke.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese vorzeitige Sortierung in unterschiedliche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe beenden und fordern eine zehnjährige gemeinsame Lernzeit ein. Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind uns wichtige sozialpolitische Ziele. Solange die Schule alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund oder ihrer Begabung zusammen hat, ist Schule in der Lage soziale Selektivität zu reduzieren und nach Begabung zu fördern. Soziale Selektivität greift vor allem an den Nahtstellen der Schullaufbahnentscheidungen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Möglichkeit der kostenfreien Schülerbeförderung für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Schulzeit sowie für eine Lernmittelfreistellung ab der 1. Klasse ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass jedes Kind die Chance erhält, einmal am Tag eine warme Mahlzeit zu sich nehmen zu können. Eine ausgewogene Mahlzeit pro Tag muss daher für Kinder in Kitas, Horten und Schulen kostenfrei sein.

Stärkung der Lerngemeinschaft vor Ort

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine starke Lerngemeinschaft vor Ort ein. Der Zersplitterung von Bildungsgängen und der zu frühen risikobehafteten Schullaufbahnentscheidung wollen wir ein integriertes Bildungsangebot entgegensetzen. Nur ein solches integriertes Bildungsangebot erlaubt angesichts des demografischen Wandels, allen SchülerInnen wohnortnah ein leistungsfähiges Schulangebot zu machen.

Alle Kinder werden zehn Jahre gemeinsam in der integrierten ganztägigen Gemeinschaftsschule unterrichtet. Eine Begabungsdifferenzierung erfolgt

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



nach pädagogischen Angeboten und nicht nach Schullaufbahnen. Alle Kinder erwerben nach zehn Jahren den Sekundarschulabschluss und können sich dann zwischen drei Bildungswegen entscheiden. Sie können in der Gemeinschaftsschule bleiben und nach dem dreizehnten Schuljahr das Abitur erwerben. Sie können aber auch zum Gymnasium wechseln und dort nach zwei Jahren, also nach dem zwölften Schuljahr, das Abitur erlangen. Oder sie können in die duale berufliche Ausbildung wechseln und schließen eine Berufsausbildung an, die in zwei bis vier Jahren abgeschlossen werden kann.

In Sachsen-Anhalt werden im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (9.8%) überproportional viele Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst (2006: 23.1%). Schule muss besser auf die berufliche Bildung vorbereiten. Das anerkannte Instrumentarium (z.B. polytechnisches Lernen, Berufspraktika, Schülerfirmen, „Produktives Lernen“) muss zum integralen Bestandteil schulischen Lernens werden. Neben dem allgemeinen Bildungsauftrag der Schulen muss eine enge Kooperation zwischen den Schulen und der regionalen Wirtschaft durch Erfahrungsaustausch, betriebliche GastdozentInnen u.a. angestrebt werden. In Kooperation mit der Wirtschaft können die Schulen besser auf die berufliche Bildung vorbereiten und die Wirtschaft kommt frühzeitig mit geeigneten BewerberInnen in Kontakt. Darüber hinaus bildet die Berufsausbildung in der Region eine Grundlage zur eigenen Existenzgründung und kann Abwanderung reduzieren. Der neu orientierte Sekundarschulabschluss als Regelabschluss stattet darüber hinaus die SchülerInnen mit besseren Kompetenzen aus. So wird auch auf einen erfolgreichen Abschluss der Berufsausbildung vorbereitet.

Der integrierte ganztägige Unterricht ermöglicht die gezielte Förderung von Begabungen – einschließlich musischer und sportlicher Begabungen – und ermöglicht den Leistungsstarken durch individuelles und selbstständiges Lernen ihr Leistungspotential zügig auszubauen. Der integrierte ganztägige Unterricht ermöglicht das gezielte Ausgleichen von Schwächen und ein Lücken schließendes Lernen. Darüber hinaus macht er privat bezahlten Zusatzunterricht überflüssig. In der integrierten Gemeinschaftsschule entfällt das Abschieben der Leistungsschwachen in niedrigere Schularten. Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind individuell eingeht und das Lernen voneinander ermöglicht, fördert die Leistungsstarken ebenso wie die Leistungsschwachen.

SchülerInnen sind für verschiedene Lerngebiete unterschiedlich begabt, lernen unterschiedlich schnell und auf unterschiedlichen Wegen. Unterricht muss dieser Unterschiedlichkeit gerecht werden. Mögliche Wege hierzu sind jahrgangsübergreifender Unterricht und ein wirkungsvoller Methodenmix aus klassischen und kooperativen sowie selbstständigen Lernformen.

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



Die Bündnisgrünen in Sachsen-Anhalt setzen sich für die Schaffung eines dichten und bedarfsgerechten Netzes von integrierten ganztägigen Gemeinschaftsschulen ein. Mit Gemeinschaftsschulen werden lange Schulwege aufgrund unterschiedlicher Schularten vermieden. Darüber hinaus bieten Gemeinschaftsschulen alle Chancen, Schulen zu sozialen und kulturellen Zentren vor Ort zu entwickeln. Gemeinschaftsschulen können aus den unterschiedlichen bisher existierenden Schulen heraus entwickelt werden und ebenso wie diese unterschiedliche Profile und Schwerpunkte setzen.

Integration statt Förderschule

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die schrittweise Auflösung der Förderschulen und die integrative Beschulung von Kindern mit speziellem Förderbedarf ein.

Kinder mit Handicap sollen nicht länger aus dem normalen Schulsystem heraus genommen, sondern integriert beschult werden. Förderschulen sind wegen ihrer geringen Größe und ihrem Personalschlüssel doppelt so teuer wie Regelschulen. Für die Beschulung von FörderschülerInnen fallen im Jahr alleine mehr als 170 Millionen Euro an Personalmitteln an. Die pädagogische Förderwirkung ist jedoch fraglich und umstritten. Diese separate Beschulung führt auch nicht zu einer Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade der demografische Wandel sollte hier als Chance begriffen werden, die Förderschulen schrittweise aufzulösen und eine integrative Beschulung dieser Kinder an den allgemeinbildenden Schulen anzustreben. Die für die Förderschulen aufgewendeten Finanzmittel sollen besser dazu verwendet werden, Kinder mit einem besonderen Förderbedarf in der integrierten Gemeinschaftsschule zu fördern.

Demokratie lernen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Schule ein, die SchülerInnen durch Anerkennung, Beteiligung und gelebte Demokratie zu aktiven demokratischen MitbürgerInnen erzieht.

Schule ist der erste und der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, an dem sie eine Vorstellung von Demokratie erwerben. Schule ist ein Abbild von Gesellschaft, nämlich eine Gemeinschaft unterschiedlicher Menschen, mit Autoritäten, die Entscheidungsbefugnisse über andere besitzen, in der Privilegien verteilt werden und über Zukunftschancen entschieden wird. Hier müssen die Kinder den demokratischen Umgang miteinander einüben, der die Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen und das friedliche Aushandeln von

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



Kompromissen ebenso umfasst wie die Akzeptanz von Regeln und Leistungsstandards oder die demokratisch legitimierte Gewaltenteilung. Von den Erfahrungen mit Schule und Schulgemeinschaft schließen SchülerInnen auf das Funktionieren unserer Demokratie und ihre persönlichen Chancen in unserer Gesellschaft.

Damit SchülerInnen ein starkes demokratisches Bewusstsein entwickeln, müssen vier Bedingungen gegeben sein: Anerkennung, Beteiligung, gelebte Demokratie und vielfältiger Sozialkundeunterricht.

- Die SchülerInnen müssen sich anerkannt fühlen als ein wichtiges Mitglied der Schulgemeinschaft; diese Anerkennung und soziale Wertschätzung fördert die Bereitschaft, Regeln der Gemeinschaft anzuerkennen, sich für das Wohlergehen der Gemeinschaft einzusetzen und ein starkes Selbstvertrauen zu entwickeln. Anerkennung wird in der Schule erfahrbar durch Freundlichkeit, Achtung und Respekt. Permanente Erfahrungen der Ausgrenzung unterminieren hingegen Wir-Gefühl und Selbstvertrauen.
- Schule muss Beteiligung ermöglichen und zur Beteiligung befähigen. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Bereitschaft zur Mitwirkung in der Schule und zur allgemeinen politischen Mitwirkung. Beteiligungsmöglichkeiten bieten neben der SchülerInnenvertretung auch die gemeinschaftliche Organisation von Schulveranstaltungen und Schulalltag, die Arbeit in Schülerzeitungen und anderen Schülermedien sowie die Beteiligung der SchülerInnen an der Gestaltung von Unterricht.
- Demokratie wird in der Schule durch die gemeinsame Verantwortung von Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen gelebt und vorgelebt. Die Schülerinnen lernen so, Verantwortung innerhalb der Schule und auch in der Gesellschaft zu übernehmen.
- Ein vielfältiger Sozialkundeunterricht muss politisches Wissen vermitteln, das Demokratieverständnis schärfen und die Konfliktkompetenz fördern.

Umweltbildung – Know How für das Leben im Klimawandel

Die nachkommenden Generationen stehen den Folgen des Klimawandels unwillkürlich gegenüber und sind gezwungen, neue und nachhaltige Wege zu suchen und zu gehen. Auf die damit verbundenen immensen Herausforderungen müssen sie mittels Umweltbildung bestmöglich vorbereitet werden.

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



Auf den Bildungserfolg vorbereiten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen Kinderkrippen und Kindergärten als Bildungseinrichtungen, die in entscheidender Weise zum Bildungserfolg der Kinder beitragen.

Die Karriere als BildungsverliererIn beginnt häufig bereits in der frühen Kindheit. Eine von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte Studie belegt deutlich den positiven Bildungseffekt des Krippenbesuchs. Kinder, die im Alter bis drei Jahren in einer Krippe waren, besuchten mit höherer Wahrscheinlichkeit später ein Gymnasium als Kinder, die keine Krippen besucht hatten. Insbesondere konnte der Krippenbesuch die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen verbessern. Maßnahmen zur Förderung der Bildungschancen müssen demnach bereits sehr früh beginnen.

In Sachsen-Anhalt nehmen mit 52% (in 2007) der Kinder erfreulicherweise überdurchschnittlich viele Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz in Anspruch. Diese quantitativ gute Situation gilt es zu erhalten und auszubauen. Alle Kinder sollen – unabhängig von sozialer Herkunft und Beschäftigungsstatus der Eltern – einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte erhalten. Zusätzlich soll angestrebt werden, den individuellen familiären Situationen durch Angebote zur flexiblen Nutzung des wöchentlichen Stundenvolumens Rechnung zu tragen. Kritisch anzumerken ist jedoch der Personalschlüssel in den Krippen des Landes Sachsen-Anhalt (2006: 6.9 Kinder pro Stelle), der bundesweit der zweitschlechteste Personalschlüssel für Kindertageseinrichtungen für 0-3 Jährige darstellt. Dementsprechend weisen die Krippen überdurchschnittliche Gruppengrößen auf.

Gerade sprachliche Defizite müssen im Vorschulalter angegangen werden. Im Kindergarten sind durch geeignete Maßnahmen Sprachdefizite zu ermitteln. Ihnen ist mit gezielten Fördermaßnahmen zu begegnen. Dieses betrifft insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund, um ihnen einen guten Start in die Schule zu ermöglichen. Auch die Grundlagen für das Lesen- und Schreibenlernen werden im Kindergarten gelegt. Ebenso werden die Weichen für ein verträgliches Miteinander im Vorschulalter gelegt. Beim Kindergartenbesuch der 3-6 Jährigen liegt Sachsen-Anhalt (2007: 93%) im Ostdurchschnitt. Aber auch hier weist Sachsen-Anhalt einen Personalschlüssel auf (2006: 11.7 Kinder pro Stelle), der deutlich über den Expertenempfehlungen (z.B. Bertelsmannstiftung: 7.5) liegt.

Es müssen ausreichend Krippen- und Kindergartenplätze bereit stehen und die Gebühr muss so sozial gestaffelt sein, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von diesem Bildungsangebot ausgeschlossen wird.

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein verbindliches kostenfreies Vorschuljahr für alle Kinder, um allen Kindern eine erfolgreiche Schulkarriere zu ermöglichen und mögliche Lernbarrieren frühzeitig anzugehen.

Der Besuch der Kinderkrippen soll den 0- bis 3jährigen Kindern vorbehalten sein; hier hat der Bildungsauftrag gegenüber dem Erziehungs- und Betreuungsauftrag noch ein geringes Gewicht. Kindergärten stehen für die 3- bis 6jährigen Kinder zur Verfügung; hier gewinnt der Bildungsauftrag gegenüber den Kinderkrippen an Bedeutung. Wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht sind Kinderkrippen und Kindergärten ebenso wie Schulen Bildungseinrichtungen, die aufeinander abgestimmt den Bildungserfolg unserer Kinder sichern sollen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, dass die Zuständigkeit für alle Bildungseinrichtungen in einem Ministerium zusammengefasst wird.

Über die Vereinigung unterschiedlicher Bildungseinrichtungen unter einem Dach oder die Verteilung der verschiedenen Bildungseinrichtungen an verschiedenen Standorten muss vor Ort entschieden werden.

Schulen stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass jede Schule -- unabhängig von ihrer Trägerschaft -- pro Schüler/In pro Schuljahr einen festen Finanzbeitrag erhält, mit dem die Schule selbstständig arbeiten kann. Im Gegenzug wird allen Kindern ein unentgeltlicher Zugang zu allen Schulen des Landes gewährt.

Die Schulen vor Ort wissen am besten, mit welchen spezifischen Herausforderungen sie zu kämpfen haben, und können am besten Ideen für ein optimales Bildungsangebot entwickeln. Ob dies ein neues pädagogisches Konzept oder ein Personalmix unterschiedlicher Professionen ist, jede Schule muss selber entscheiden können, was sie braucht, um einen optimalen Bildungserfolg zu erzielen. Die Schulleiter/In vor Ort muss darüber entscheiden können, mit welchen Personen und welchen Konzepten die besten Bildungserfolge zu erzielen sind und wie viel Geld in Lehrmittel oder in Personal investiert wird. Um diese Handlungsflexibilität zu erreichen brauchen die Schulen Finanz- und Personalhoheit.

Qualität sichern durch Qualitätsstandards

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Qualitätsstandards für alle Bildungseinrichtungen von der Krippe, über Kindergarten bis zu Gemeinschaftsschule und Gymnasium.

Es ist die primäre Aufgabe von Politik, Bildungsqualität zu sichern. Zur Sicherung von Bildungsqualität müssen Qualitätsstandards entwickelt und

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



zur Entwicklung der Bildungseinrichtungen genutzt werden. Durch das Konzept der Ganztätigkeit erhält die sächliche Ausstattung der Bildungseinrichtungen eine stärkere Bedeutung. Bildungsstandards sollen daher die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg, aber eben auch die materielle und personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen. Der Bildungserfolg misst sich am Kompetenzzuwachs der SchülerInnen in den unterschiedlichen Fächern.

Dies erlaubt den Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen ihre Qualitätsentwicklung voran zu treiben, dem Land Unterstützungsangebote zielgenau anzubieten und den Eltern über verschiedene Bildungsanbieter hinweg vergleichen und informiert entscheiden zu können.

In der integrierten Gemeinschaftsschule wächst die Verantwortung der SchulleiterInnen in vielfältiger Weise: Haushalts- und Personalhoheit, die gestiegene Notwendigkeit der Qualitätssicherung durch interne Evaluation, die Unterstützung der LehrerInnen bei der Umsetzung anspruchsvoller pädagogischer und didaktischer Konzepte sind hier zu nennen. Die SchulleiterInnen müssen auf diese Aufgabe durch einen entsprechenden Aufbaustudiengang vorbereitet werden.

Qualität sichern durch eine angemessene Ausbildung der PädagogInnen

Zur Sicherung von Bildungsqualität gehört neben Qualitätsstandards auch eine angemessene Ausbildung der PädagogInnen.

Da unsere Kinder von Anfang an eine exzellente Förderung und Bildung bekommen sollen, muss das Niveau der ErzieherInnen langfristig angehoben werden. Wie in fast allen europäischen Nachbarländern soll ein Großteil der in Krippen und Kindergärten tätigen ErzieherInnen an Hochschulen ausgebildet werden. Die Anforderungen an die pädagogische und bildungsorientierte Arbeit der FrühpädagogInnen sind gestiegen. Insbesondere müssen sie in die Lage versetzt werden, ihre praktische Arbeit theoretisch-wissenschaftlich zu reflektieren. Dies kann die momentane Fachschulausbildung nicht hinreichend leisten und erschwert so die bildungsorientierte Fortentwicklung in der Praxis.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, das bildungswissenschaftliche Potential in Sachsen-Anhalt zu nutzen, um an den Hochschulen des Landes eigenständige sowie auch aufbauende, berufsbegleitende Studiengänge zur Ausbildung von FrühpädagogInnen anzubieten, um so mittelfristig einen guten Personalmix in den Elementareinrichtungen des Landes zu Gewähr leisten.

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



Zur Umsetzung dieser Ausbildungsoffensive ist jetzt ein guter Zeitpunkt gekommen. In Ostdeutschland ist jede dritte Fachkraft in Kindertageseinrichtungen über fünfzig Jahre alt; gar 71% sind über vierzig Jahre alt. Mit über sechzig Jahren arbeiten jedoch nur noch wenige Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen. Dies bedeutet, dass in den nächsten zehn Jahren mit einem erhöhten Ersatzbedarf von bis zu 15% bei den Fachkräften zu rechnen ist. Dies eröffnet die Chance, den erforderlichen Personalmix umzusetzen. Hierzu bedarf es grundständiger Hochschulstudiengänge in Frühpädagogik ebenso wie berufsbegleitender Hochschulstudiengänge zur Nachqualifizierung des vorhandenen Personals.

Um gerade Jungen während dieses wichtigen Entwicklungsprozesses in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit männlichen Vorbildern zu ermöglichen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrerberuf deutlich anheben.

Der Lehrberuf in der Gemeinschaftsschule wird anspruchsvoller und vielfältiger. Dieser Entwicklung muss die Ausbildung Rechnung tragen. Hierzu gehört eine deutliche Verstärkung der pädagogischen, psychologischen und didaktischen Anteile in der Ausbildung, die gleichgewichtig neben der fachlichen Ausbildung stehen muss. Die Erkenntnisse der Schul- und Bildungsforschung sind stärker im Hinblick auf effektivere Unterrichtsformen und den Umgang mit heterogenen Lerngruppen in die LehrerInnenausbildung einzubringen. Ebenso muss die schulpraktische Ausbildung besser mit der universitären Ausbildung verzahnt werden.

Für alle muss es eine zertifizierte Fortbildungspflicht geben, die es den FrühpädagogInnen und Lehrkräften erlaubt, ihre pädagogische Arbeit theoretisch-wissenschaftlich zu reflektieren und sich den wandelnden Anforderungen kompetent zu stellen.

Zugang zu Informationen

Das Land muss alle Möglichkeiten ergreifen, um seinen BürgerInnen einen ungehinderten Zugang zu Informationen zu gewährleisten.

Die Gemeinschaftsschule kann zu einem kulturellen und Bildungszentrum werden. Eine Vernetzung zwischen Bibliotheken und Schulen ist wünschenswert.

Gedruckte Publikationen stellen ebenso wie elektronische Veröffentlichungen einen wichtigen Zugang zur Bildung dar und sind eine wichtige Ressource für die Wissenschaft. Alle BürgerInnen müssen ungehinderten Zugang zu Informationen haben. Dies gilt nicht zuletzt

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



wegen des steigenden Fortbildungsbedarfs. Bibliotheken sind daher als Bildungseinrichtungen zu verstehen und müssen den kommunalen Pflichtaufgaben zugeordnet werden.

Das mit staatlichen Geldern erforschte Wissen gehört der Allgemeinheit und muss frei verfügbar sein. Wir unterstützen daher nachdrücklich Open-Access-Initiativen.

Hochschule neu denken – Gute Lehre durch ausfinanzierte Hochschulen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Ausfinanzierung der Hochschulen als Investition in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Nur mit ausreichenden Finanzmitteln können sie konkurrenzfähige Forschungsschwerpunkte entwickeln und ein attraktives Lehrangebot anbieten. Studiengebühren lehnen wir ab.

Hochschulpolitik ist, wie die gesamte Bildungspolitik, ein zentraler Pfeiler der Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt. Hochschulen bieten auf hohem Niveau Bildung, Ausbildung und Fortbildung. Die Hochschulen im Lande garantieren die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte, den Unternehmen den Zugang zu innovativer Forschung und die Möglichkeit neueste Technologien im Lande, auch durch Neugründungen von Firmen, unternehmerisch zu etablieren.

Die Hochschulen sind überall in Deutschland erheblich unterfinanziert. Diese Situation besteht ebenso in Sachsen-Anhalt. Die Anzahl der Studierenden pro Professur ist mindestens doppelt so hoch wie ein angemessenes Verhältnis wäre, das einerseits eine hohe Ausbildungsqualität durch intensive Betreuung gewährleistet, andererseits aufgrund der hohen Wirtschaftskraft Deutschlands im internationalen Vergleich zu erwarten wäre. Die Folge sind weiterhin hohe Studienabbrecherquoten, zu geringe Studierquoten und ein zunehmender Attraktivitätsverlust universitärer Lehre in überfüllten Lehrveranstaltungen. Dies ist ein grundlegender Mangel, an dem Exzellenzinitiativen, ob für Forschung oder Lehre, nichts ändern. Fundament für eine gute Lehre ist eine ausfinanzierte Hochschule. Nur finanzielle Sicherheit erlaubt langfristige Planung.

Ausfinanzierte Hochschulen müssen als wichtiger Standortfaktor im globalen Wettbewerb begriffen werden. In diesem Zusammenhang muss eine Demographie bedingte Verringerung der Studierendenzahl in Sachsen-Anhalt, sofern sie überhaupt eintritt und nicht durch Gewinnung

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



zusätzlicher Studierender ausgeglichen wird, als eine Chance zur Qualitätsverbesserung und nicht zur Haushaltssanierung gesehen werden.

Wir sind gegen Studiengebühren und begrüßen, dass es derzeit keine Pläne gibt, diese in Sachsen-Anhalt einzuführen. Studiengebühren wirken auf AbiturientInnen aus bildungsfernen Schichten abschreckend. Das Argument, dass das kostenlose Studium einkommensstarke Schichten bevorzugt, wurde bereits widerlegt (etwa Sturn & Wohlfahrt, 2000). Auch die vorhandenen Langzeitstudiengebühren lehnen wir ab, da länger Studierende die Universitäten nicht stärker in Anspruch nehmen, sondern die Inanspruchnahme auf einen längeren Zeitraum strecken. Häufig sind längere Studienzeiten gut nachvollziehbar und durch nicht vorhandene Möglichkeiten zum Teilzeitstudium bedingt. Es muss aber Ziel der Bildungspolitik sein, die Studierquoten und Abschlussquoten zu erhöhen. Andere Staaten haben bereits deutlich höhere Quoten erzielt und Deutschland droht ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Darüber hinaus ist das gebührenfreie Studium ein wichtiges Mittel, um Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland nach Sachsen-Anhalt zu ziehen und damit der Demographieentwicklung entgegenzuwirken. Ziel der Hochschulpolitik muss es sein, den Anteil ausländischer Studierender sowie Studierender mit Migrationshintergrund weiter zu erhöhen. Die Hochschulen brauchen die besten Köpfe im Land, daher muss auch für Menschen ohne Abitur ein Hochschulstudium möglich sein.

Die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse führt zu einer starken Verschulung des Studiums, die wir ablehnen. Dagegen wird das Ziel einer besseren Internationalisierung völlig verfehlt, da die neuen verdichteten Studiengänge international wenig kompatibel sind und kaum Zeit für Auslandsaufenthalte lassen. Auch bedauern wir, dass den Studierenden kaum noch Zeit für hochschul- und gesellschaftspolitisches Engagement bleibt. Das entspricht nicht unserem umfassenden Verständnis von Hochschulbildung.

Wir sind dafür, die Bürokratisierung der Studienreform zu verringern und überflüssige Zertifizierungen von Studiengängen zu unterlassen. Das Geld dafür ist besser in Lehrpersonal und interne Qualitätskontrollen investiert. Die Umstellung auf die neuen Studiengänge sollte entschleunigt und den Fakultäten nicht aufgezwungen werden, dies betrifft insbesondere die Lehramtsstudiengänge und andere Fächer mit Staatsprüfungen.

Die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium, z.B. für Studierende mit Kindern oder bei teilweiser Berufstätigkeit, sind immer noch zu dürftig.

Dass Sachsen-Anhalt bei der Exzellenzinitiative, die auf große Wissenschaftsstandorte ausgerichtet war, wenig erfolgreich war, zeigt, dass das Land erhöhte Anstrengungen unternehmen muss, um

24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



konkurrenzfähige größere Forschungsschwerpunkte aufzubauen. Dabei darf aber die breite Einzelforschung und effektivere Kleingruppenforschung nicht vernachlässigt werden. Nicht alle exzellente ForscherInnen wollen in Großgruppen arbeiten, sind aber häufig politisch dazu gezwungen, sich solchen Gruppen anzuschließen, um angesichts der schlechten Grundausstattung von Hochschulen eine annehmbare Ausstattung mit Forschungsmitteln zu erreichen.